



Offener Brief

An die Basis von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE

November 2020

Direkte Demokratie im Grünen Grundsatzprogramm

Der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vorgelegt, das von der Bundesdelegiertenkonferenz Ende November dieses Jahres beschlossen werden soll. Zum ersten Mal in der Geschichte der Grünen Partei fehlt die Forderung nach dem bundesweiten Volksentscheid. In den Grundsatzprogrammen von 1980, 1993 und 2002 gab es ein klares Bekenntnis, die direkte Demokratie auch auf Bundesebene einführen zu wollen.

Dabei wollen die Grünen Bewegungspartei sein, also mit der Zivilgesellschaft verbunden bleiben. Wir, Vereine und Verbände, verstehen uns als Teil dieser Zivilgesellschaft. Damit wir mit unseren Vorschlägen und unserer Kritik bei der Politik Gehör finden, brauchen wir - wie in den Ländern - auch auf Bundesebene die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden. Es ist eine zentrale Forderung der Zivilgesellschaft.

Was veranlasst den Grünen Bundesvorstand, diese Forderung über Bord werfen zu wollen? Hat der Brexit verunsichert oder die AfD, die das Thema besetzt? Der Brexit war eine von Premier Cameron angesetzte und populistisch zugespitzte Befragung, die seinen Machterhalt sichern sollte. Das hat nichts mit der direkten Demokratie zu tun, wie wir sie in Deutschland kennen. Und die AfD propagiert eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild. Damit meint sie, dass alles ohne Einschränkungen zur Abstimmung kommen sollte. Auch das gibt es in keinem der Bundesländer. Die direkte Demokratie ist in Deutschland für Angriffe auf Grund- und Minderheitenrechte nicht zugänglich. Das ist gut so und soll so bleiben.

Für welche Demokratie treten die Grünen zukünftig ein, wie soll sie gestaltet sein? Sollen wir allein darauf vertrauen, dass die Grünen, wenn sie an der Regierung beteiligt sind, es schon irgendwie richten? Oder könnte die Zivilgesellschaft nicht sehr hilfreich sein bei einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft? Nehmen wir an, wir hätten den bundesweiten Volksentscheid. Dann müsste die Klimaschutzbewegung nicht nur demonstrieren, sondern könnte eigene Vorschläge mit einem Volksbegehren bis zu einer Abstimmung tragen. Nehmen wir an, wir hätten den bundesweiten Volksentscheid, dann wäre auch auf Bundesebene so etwas denkbar wie das erfolgreiche Artenschutz-Volksbegehren in Bayern.

Wir appellieren an Sie und Euch, die Mitglieder der Grünen Basis: Bitte sprechen Sie Ihre/sprecht Eure Delegierten an, damit sie für einen der Änderungsanträge stimmen, mit denen der bundesweite Volksentscheid zurückgeholt werden soll in das Grundsatzprogramm der Grünen. So kann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bewegungspartei bleiben, die sie sein möchte.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher
Mehr Demokratie e.V.

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin
Mehr Demokratie e.V.